

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 6 66 846 ppbn d
Telefax: 21 06 94

Inhalt

Björn Engholm zum
Wahlsieg der SPD in
Hamburg: Ein gutes
Stück vorangekommen.
Seite 1

Gernot Eiler MdB zum
SPD-"Blauhelm"-Be-
schluß: Verlierer gibt
es nicht.
Seite 2

Manfred Opel MdB zu
den Plänen der Hardt-
höhe zur Truppenredu-
zierung: Verschlei-
erung, wo Offenheit
gefordert ist.
Seite 3

Joachim Poß MdB zur
Tagung der EG-Fi-
nanzminister: Waigel
proviziert EG-weite Er-
höhung der Mehr-
wertsteuer.
Seite 4

Johannes Rau zum
Tod von Walter Dirks:
Bernüht um die
'konkrete Rettung' der
Gesellschaft.
Seite 4

Dokumentation

Der "Blauhelm"-Be-
schluß des SPD-Par-
teitages in Bremen im
Wortlaut.
Seite 5

46. Jahrgang / 102

3. Juni 1991

Ein gutes Stück vorangekommen Zum Wahlsieg der SPD in Hamburg

Von Björn Engholm
Vorsitzender der SPD
Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Die Sozialdemokratische Partei in Hamburg hat mit Henning Voscherau und Traute Müller an der Spitze einen imponierenden Wahlsieg errungen, der uns im Norden wie der gesamten SPD den Rücken stärkt.

Sie haben zusammen erneut bewiesen: Freie Hansestädte und sozialdemokratische Bürgermeister gehören untrennbar zusammen!

Als nördlicher Nachbar und als Parteivorsitzender, dem nebenbei mit diesem Erfolg ein ganz besonderes Antrittsgeschenk gemacht wurde, wünsche ich mir: So sollte es weitergehen. In Bremen bei den Wahlen zum Senat und bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen.

Hamburg hat erneut bewiesen, daß sich die Bonner Regierungskoalition im Abwind befindet.

Nicht sie, sondern die SPD steht im Zentrum der Gesellschaft, hat ein offenes Ohr und viel Gespür für die kleinen und großen Anliegen der Menschen.

Durch dieses Ergebnis sind wir auch im Bundesrat ein gutes Stück vorangekommen.

Wir werden unsere nun stärkere Position nicht zur prinzipiellen Blockade mißbrauchen, wir werden jedoch die Sorgen und Nöte der Länder immer dort zur Sprache bringen, wo die Bundesregierung diese übergeht oder mißachtet. Nur können wir auch hier nicht mehr übergangen werden.

Der Wahlsieg in Hamburg ist zu guten Teilen der Erfolg einer in sich gefestigten Partei, die deshalb auch mit Leidenschaft und Anstand miteinander debattieren kann.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner
mit welchem Rückgriff
Kreuzverleger



Dieses Signal ist für mich in besonderem Maße auch vom Parteitag in Bremen ausgegangen. Ich wünsche mir diesen Stil des Umgangs überall - daß er erfolgreich ist, dazu war der vergangene Sonntag ein erneuter Beweis, der uns auch auf vielen anderen Ebenen zu Erfolgen verhelfen wird.

Bei aller Zufriedenheit: Die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung muß uns Anlaß zum Nachdenken geben - die Demokratie lebt von der Beteiligung der Menschen. Dies ist der einzige Wermutstropfen dieses schönen Sonntags.

(-/3. Juni 1991/rs/fr)

Verlierer gibt es nicht
Zum "Blauhelm"-Beschluß des Bremer SPD-Parteitages

Von Gernot Erler MdB

Der Bremer Parteitag hat entschieden: Die SPD stimmt friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen (Blauhelm-Einsätze) zu. Aber die Bereitschaft, zu diesem Zweck das Grundgesetz zu ändern, wird von einer Reihe wichtiger Festlegungen begleitet:

- Eine klare Absage an die Aufstellung von Eingreiftruppen.
- Eine klare Absage an irgendwelche anderen Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr
- Eine klare Absage an eine denkbare Verbindung von Blauhelm-Einsätzen mit Kampfaufträgen.

Ebenso wichtig wie dieser Beschluß ist die Debatte, die zu ihm geführt hat, und das knappe Abstimmungsergebnis von 230 gegen 179 Stimmen derer, die keine Grundgesetzänderung wollten. Die Diskussion der Delegierten hat gezeigt: Die SPD anerkennt die Notwendigkeit und den Sinn der friedenserhaltenden UNO-Maßnahmen. Niemand hat die Blauhelme, die Friedensnobelpreisträger von 1988, infrage gestellt. Die Delegierten, die (ebenso wie die große Mehrheit der Anträge aus den Gliederungen) jetzt einer Grundgesetzänderung ihre Zustimmung verweigerten, wollten damit folgendes Signal geben:

- Nicht die notwendige Weiterentwicklung der UNO zu einer tatsächlichen Instanz weltweiter kollektiver Friedenssicherung steht derzeit auf der Tagesordnung, sondern ein vom Golfkrieg beflügelter kollektiver Wahn, der den Namen militärischer Interventionismus trägt; das Nein des Parteitages hätte ein Aufbäumen gegen diese verhängnisvolle Entwicklung sein sollen.
- Das Ja der SPD zur Öffnung einer kleinen Presche im Grundgesetz für die Blauhelme könnte von anderen mißverstanden werden als erster Schritt zur Anpassung an die Interventions-Tendenzen, dem auf genügend Druck von außen hin dann weitere Schritte folgen würden.

Die Aussprache auf dem Parteitag hat vielleicht mehr erreicht, als eine Mehrheit gegen eine Grundgesetzänderung hätte öffentlich deutlich machen können: in vielen ernsten, engagierten Beiträgen in einer insgesamt vorzeigbaren Debatte hatte die SPD dem Wahnsinn des militäri-

schen Interventionismus eine unmißverständliche Absage erteilt. Und Björn Engholm ebenso wie Hans-Jochen Vogel haben eine Festlegung getroffen, an der nicht zu rütteln ist: Bis hierher und nicht weiter! Blauhelme ja, aber keine Kampfaufträge der Bundeswehr außer Verteidigung innerhalb der Allianz und keine Beteiligung an irgendwelchen Eingreiftruppen, mit denen der westliche Wohlstand künftig in Nord-Süd-Konflikten als Verweigerung einer Weltordnung der Gerechtigkeit militärisch verteidigt werden soll!

Der seltene Fall ist eingetreten, daß der Gesamtverlauf des Parteitages in Verbindung mit den Beschlüssen zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr zu sagen erlaubt: Als Verlierer kehrt niemand aus Bremen zurück.

(-/3. Juni 1991/rs/fr)

Verschleierung, wo Offenheit gefordert ist
Zu den Plänen der Hardthöhe zur Truppenreduzierung

Von Manfred Opel MdB

Die Bundeswehr reduziert in den alten Bundesländern stärker als bisher behauptet. Längerfristig sollen die Streitkräfte von bisher 495.000 Soldaten um etwa 40 Prozent auf etwa 300.000 in den westlichen Ländern bis Ende 1994 zurückgeführt werden.

Das von Stoltenberg vorgelegte Zahlenwerk kommt erstens zu spät und weist außerdem elementare Schwächen auf.

Es gibt beispielsweise für Schleswig-Holstein die IST-Zahl der Soldaten mit 51.828 an. Tatsächlich waren bisher etwa 62.000 Soldaten im nördlichsten Bundesland stationiert. Bei einer Rückführung auf 34.492 Soldaten sind das etwa 45 Prozent! Stoltenberg rechnet aber anteilig 6.057 Stellen für Wehrübende, Schüler und Personalreserve dazu. Durch diesen "Trick" wird in Schleswig-Holstein angeblich nur um 22 Prozent abgebaut.

Das bedeutet für die Westküste:

Standort	IST-Zahl 1989/90	Planzahl* 1994/95	Echte Reduzierung
Westerland	902	450	- 50 Prozent
Leck	1.723	960	- 44 Prozent
Husum	3.093	1.700	- 45 Prozent
Heide	2.743	1.673	- 39 Prozent

* ohne Wehrübungsplätze, Schüler und Personalreserve (15 Prozent anteilig gerechnet)

Konkret heißt das, daß die Westküste überproportional die Abrüstungsfolgen tragen soll. Die großen Sprüche von der "Abrüstung primär in Ballungsgebieten" haben sich als Desinformation entpuppt.

Wir werden massiv auf der Hardthöhe intervenieren müssen, um eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen.

(-/3. Juni 1991/rs/ks)

Waigel provoziert Erhöhung der Mehrwertsteuer auf EG-Ebene
Zur Tagung der EG-Finanzminister in Luxemburg

Von Joachim Poß MdB.
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Es wird immer offensichtlicher, daß sich die Bundesregierung mit ihren eigenen Steuererhöhungsplänen hinter der EG verstecken will. In Wahrheit provoziert die Bundesregierung mit ihrem Vorhaben, die deutsche Mehrwertsteuer ab 1993 zu erhöhen, sich jetzt auf EG-Ebene abzeichnende Bestrebungen, die Mehrwertsteuer auf mindestens 15 Prozent festzulegen. Mit der von ihr gewollten Mehrwertsteuererhöhung schadet die Bundesregierung den deutschen Interessen.

Noch im März dieses Jahres hatte Bundesfinanzminister Waigel dargelegt, daß er den Vorschlag der EG-Kommission, innerhalb der Grenzen von 14 und 20 Prozent eine Bandbreite für den allgemeinen Mehrwertsteuersatz festzulegen, für sachgerecht halte. Die SPD fordert deshalb Bundesfinanzminister Waigel auf, bei den jetzt auf EG-Ebene anstehenden Beratungen keiner Regelung zuzustimmen, durch die die Bundesrepublik Deutschland gezwungen würde, die heute geltenden Mehrwertsteuersätze in Höhe von 14 Prozent anzuheben.

Eine Anhebung der Mehrwertsteuer würde vor allem die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen treffen und damit die steuerpolitische Ungerechtigkeit weiter verschärfen. Eine Mehrwertsteuererhöhung ist auch wirtschaftspolitisch schädlich, weil sie die Inflationsrate weiter nach oben treibt und weitere Zinserhöhungen provoziert. Ein weiterer Anstieg des Zinsniveaus würde Investitionen noch zusätzlich verteuern und den Aufbau der neuen Länder weiter erschweren.

Die SPD wird diese Punkte zum Gegenstand der morgigen öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses machen.

(-/3. Juni 1991/rs/ks)

Bemüht um die "konkrete Rettung" der Gesellschaft
Zum Tod von Walter Dirks

Von Johannes Rau
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Walter Dirks war eine moralische Instanz, die in das vorgegebene und tolerierte politische Spektrum nicht zu passen schien. Wie kaum ein anderer hat er versucht, einen Grundkonsens in der Gesellschaft zu entwickeln, zu dem sich drei Großgruppen zusammenfinden müßten, der radikal-demokratische Teil des Bürgertums, die Erben der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Christen traditioneller und radikaler Prägung. Ich habe immer gehofft, daß diese Forderungen von Walter Dirks nicht dessen Utopie bleiben, sondern daß sie begriffen werden als

die unverzichtbare Voraussetzung für die allen gestellte Aufgabe der, wie es Dirks formuliert hatte, "konkreten Rettung" der Gesellschaft.

Bis zuletzt hat Dirks versucht, den Gegensatz zwischen Christentum und Sozialismus in einem gemeinsamen Dritten aufzuheben, in einer gemeinsamen Aktion und einem gemeinsamen Programm. Walter Dirks hat immer wieder aufgefordert, ein demokratisches Europa zu schaffen, das eine Kraft des äußeren Friedens und der gesellschaftlichen Solidarität werden müsse. Die Arbeit und der Kampf für diese Idee sind noch nicht zu Ende.

Walter Dirks hat bis zuletzt politische und gesellschaftliche Besinnungshilfen gegeben, indem er eine humane Gesellschaft gefordert hat, die von den Mechanismen eines ungebremsten Marktgesetzes ebensoweit entfernt sein müsse wie vom kommunistischen Kommandostaat. Wenn auch das Christentum mitunter seine Wirkkraft verloren zu haben scheint, wenn der Sozialismus durch seine real existierenden Formen im Osten noch lange diskreditiert sein mag und der bürgerliche Liberalismus durch die Konzentration auf wirtschaftlichen Erfolg beschädigt worden ist - Walter Dirks wollte Widerstand gegen restaurative Entwicklungen in Deutschland nach 1945 leisten, weil er sich als Katholik zur gesellschaftlichen Utopie bekannte: Ein Christ als Sozialist, ein Intellektueller, der die drohende Ferne zu demjenigen, der sich und die Seinen mit der Arbeit seiner Hände ernährt, als Gefahr begriffen hat.

In Büchern, in Sendungen und in vielen Artikeln hat er seine Kritik öffentlich gemacht. Nordrhein-Westfalen verdankt dem Publizisten Walter Dirks, der 1986 mit dem Staatspreis des Landes ausgezeichnet wurde, vieles. Dazu gehören auch die Impulse, die er in seiner zwölfjährigen Tätigkeit als Leiter der Hauptabteilung Kultur des Westdeutschen Rundfunks, vor allem im Nachtprogramm des WDR, gegeben hat.

Das geistige Leben in der größer gewordenen Bundesrepublik hat durch den Tod von Walter Dirks eine wichtige Stimme verloren.

(-/3. Juni 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

"Blauhelm"-Einsätze bei "friedenserhaltenden Maßnahmen"

Der Bremer SPD-Parteitag hat zur "Blauhelm"-Frage am 31. Mai diesen Beschluß gefaßt.

- Wir schlagen nationale Friedenskorps für UN-Einsätze vor
- zur Bekämpfung von Umweltschäden
 - zur humanitären Hilfe und
 - in Katastrophenfällen.

Wir streben - wie bisher - an, daß die UNO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Chance wahrnimmt, zu einem weltweiten kollektiven Sicherheitssystem zu werden.

Deutschland wird auch zukünftig Streitkräfte zur Verteidigung brauchen. Ziel ist es, sie überflüssig zu machen. Bis dahin müssen deutsche Streitkräfte in Umfang, Doktrin, Struktur und Ausrüstung so bemessen sein, daß sie zur Landesverteidigung befähigt sind und die Bündnisverpflichtungen erfüllen können. Sie müssen so vermindert werden, daß Bedrohung von ihnen nicht ausgeht, sie jedoch weiterhin kriegsverhindernd wirken.

Eine Ausweitung der Aufgaben von NATO und WEU mit dem Ziel eines möglichen Einsatzes ihrer Truppen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und die Aufstellung von dazu vorgesehenen Eingreiftruppen lehnen wir ab. Eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, der Bundeswehr solche oder andere militärische Out-of-area-Einsätze zu ermöglichen, ist mit unserer Friedens- und Sicherheitspolitik unvereinbar. Eine deutsche Beteiligung an militärischen Kampfeinsätzen unter UNO-Kommando oder durch Ermächtigung der UNO lehnen wir ab. Die Bundesrepublik Deutschland muß jedoch in der Lage sein, sich im Rahmen der UNO an friedenserhaltenden Maßnahmen (Blauhelm-Missionen) zu beteiligen.

Friedenserhaltende Maßnahmen sind:

- a) Friedenstruppen, die durch ihre Anwesenheit einen Waffenstillstand garantieren
- b) Militärische Beobachtergruppen, häufig lediglich Offiziere zur Überwachung von Friedensabkommen
- c) UN-Friedensmissionen unter ziviler Leitung mit gemischt militärischer und ziviler Komponente.

Friedenserhaltende Maßnahmen dürfen nach UN-Gewohnheitsrecht unter folgenden Voraussetzungen durchgeführt werden:

- Beschluß des Sicherheitsrates (in der Regel für sechs Monate);
- Zustimmung der am Konflikt beteiligten Staaten;
- kein Einsatz von Waffengewalt, außer zur Selbstverteidigung;
- freiwillige, in einem Vertrag mit der UNO geregelte Bereitstellung von Personal und Streitkräften durch UN-Mitgliedsstaaten;
- Leitung durch den UNO-Generalsekretär unter Kontrolle des Sicherheitsrates.

Die SPD wird im Rahmen der Debatte um die Fortentwicklung des Grundgesetzes dafür eintreten, daß die Voraussetzungen für eine Beteiligung von sich freiwillig meldenden Berufs- und Zeitsoldaten der Bundeswehr an diesen friedenserhaltenden Maßnahmen im Rahmen der UNO geschaffen werden. Dabei muß eine strikte Trennung zwischen Blauhelm-Einsätzen, die wir befürworten, und militärischen Kampfeinsätzen, die wir ablehnen, verbindlich festgeschrieben werden. Der Einsatz deutscher Truppen für Blauhelm-Aktionen der UNO bedarf in jedem Einzelfall der Zustimmung des Deutschen Bundestages.*

(-/3. Juni 1991/rs/ks)
